

Information gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung für Betroffene

Saalvermietungen Schloss

Die Stadt Meßkirch vermietet im Schloss Meßkirch Räumlichkeiten zur Durchführung von Veranstaltungen an private oder gewerbliche Kunden.

Behörde	Stadt Meßkirch Conradin-Kreutzer-Str. 1 88605 Meßkirch
Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO	Bürgermeister Arne Zwick info@messkirch.de
Behördliche Datenschutzbeauftragte	Edith Weber Tel.: 07575 / 206-0 Datenschutz@messkirch.de
Zweck(e) der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlagen	Zweck der Datenverarbeitung ist die Anbahnung oder Durchführung eines Mietvertrages Rechtsgrundlage hierfür ist EU DS-GVO Art.6 Abs. 1 lit. b.
Dauer der Speicherung	Die Daten werden gemäß gesetzlicher Aufbewahrungsfrist gespeichert oder bis zum Entfall des Zwecks.
Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden)	Daten werden nur innerhalb der Behörde verarbeitet. Es finden keine Datenübermittlungen an externe Stellen statt.
Betroffenenrechte	Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte: a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO). b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO). c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

	<p>d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).</p> <p>Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.</p> <p>e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).</p> <p>Nähere Informationen zum Widerspruchsrecht nach dem Bundesmeldegesetz können den Hinweisen auf dem Meldeschein entnommen werden.</p>
Verpflichtung, Daten bereitzustellen, Folgen der Verweigerung	Sie sind nicht verpflichtet die Daten bereit zu stellen. Bei Nichtbereitstellung der Daten, kann kein Vertrag zustande kommen.
Widerruf bei Einwilligungen	Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.
Beschwerderecht	<p>Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.</p> <p>Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg Königstraße 10a, 70173 Stuttgart Tel.: 0711/61 55 41 0, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de</p>